

**Fachgruppe der Berufsrichter der Sozialgerichtsbarkeit
im Verein der Richter und Staatsanwälte in
Baden-Württemberg e.V.**

Kontakt Presse:

Dr. Uttam Das

Büro: 0711/ 89230-130

drdasalumni@gmail.com

- **Der Vorsitzende** -

Sozialrichter wenden sich entschieden gegen weitere Einkommensverluste

Stuttgart, 17.04.2012 – Der Verein der Sozialrichter in Baden-Württemberg wendet sich entschieden gegen weitere Kürzungen im Einkommensbereich für Richter. Vertreter der hiesigen Sozialrichterschaft sind am vergangenen Montag in Stuttgart zu einem Treffen mit dem Chef des Beamtenbundes Baden-Württemberg, Volker Stich, zusammengekommen. Die derzeit in der Landespolitik als sog. strukturelle Reformen angekündigten Kürzungen der Beihilfe werden abgelehnt. Ebenso einhellig wird eine Auflösung des bestehenden Besoldungsrückstaus gefordert.

„Wir sind uns mit Herrn Stich einig, dass es keine weiteren Kürzungen im finanziellen Bereich geben darf, welche die einzelnen Landesbediensteten persönlich treffen“, so der Vorsitzende Uttam Das. „Es verdient in der Landespolitik allein derjenige unsere Unterstützung, der sich entschieden gegen weitere dortige Abstriche wendet.“ Aber auch wer in den nächsten Jahren Stellen im Kernbereich der Verwaltung und Rechtsprechung abbauen will, muss darlegen, wo dies konkret erfolgen soll, so der Berufsrichter in Stuttgart. „Die Justiz erfüllt schon seit Jahren Stellenabbauverpflichtungen für Richter und Servicepersonal. Rechtsstaatliche Verfahren sind aber nicht zum Null-Tarif oder nur durch die Steigerung weiteren Computereinsatzes zu bekommen“.

Der Richter am Sozialgericht Stuttgart sieht in der Gesamtschau eine Schmerzgrenze erreicht: „Die Maßnahmen der letzten Jahre haben zu realen Einkommensverlusten für alle Richter und damit auch für unsere Mitgliedern geführt. Wer heute als Berufspolitiker die finanzielle Unabhängigkeit von Richtern antastet, muss sich fragen lassen, ob er wegen vermeintlicher fiskalischer Aspekte die Axt an die Fundamente einer unabhängigen Justiz und damit des Rechtsstaats selbst legen will“, so der Richter am größten Sozialgericht erster Instanz.

„Die Argumente von Finanzminister Schmid, der von der demographischen Rendite bei den Schulen spricht, um Lehrerstellen einzusparen, haben gerade mit der in den letzten Jahren besonders belasteten Sozialgerichtsbarkeit nichts gemeinsam“, so der promovierte Jurist. „Nach Jahren von Klagewellen, etwa sog. Hartz IV, sind reale Einkommenseinbußen absolut unverständlich“, so der gewählte Vorsitzende. „Die Justiz darf kein Steinbruch für die Haushaltskonsolidierung sein. Die Richterbesoldung muss zukünftig wieder zeitnah und angemessen zum Kaufkraftverlust steigen und darf kein Spielball für Haushaltspolitiker werden“, so der 39jährige Familienvater abschließend.

Die „Fachgruppe der Berufsrichter der Sozialgerichtsbarkeit im Verein der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V.“ steht als 150 Mitglieder zählender Fachverband letztlich unter dem Dach des Deutschen Richterbundes, des mit ca. 14.000 Mitgliedern größten richterlichen Interessenverbandes. Dieser bezweckt unter anderem die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit sowie der unparteiischen Rechtsprechung durch Sicherung und Ausbau des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats.